

Kundmachung

über die
**Auflegung des Wählerverzeichnisses und das
Berichtigungsverfahren**

Das **Wählerverzeichnis** für die Gemeinderatswahl am 23. März 2025 liegt
von **27.01.2025** bis einschließlich **31.01.2025**

täglich (zumindest an einem Werktag auch in der Zeit zwischen 17 Uhr und 20 Uhr)

Wochentage Montag bis Freitag (27. – 31.1.2025) von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Wochentag Mittwoch (29.1.2025) von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

zur öffentlichen Einsicht auf.

Die Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis über Bildschirm oder Terminal ist im
Gemeindeamt, Zimmer Einlaufstelle, möglich.

Innerhalb des Einsichtszeitraums kann jede Person in das Wählerverzeichnis Einsicht nehmen.

Innerhalb des Einsichtszeitraums kann jede Unionsbürgerin oder jeder Unionsbürger unter
Angabe des Namens, der Staatsangehörigkeit und der Wohnungsanschrift gegen das
Wählerverzeichnis schriftlich oder mündlich einen Berichtigungsantrag stellen. Die
Antragstellerin oder der Antragsteller kann die Aufnahme einer wahlberechtigten Person in das
Wählerverzeichnis oder die Streichung einer Person, die nicht wahlberechtigt ist, aus dem
Wählerverzeichnis begehren.

Die Berichtigungsanträge müssen beim Gemeindeamt noch vor Ablauf des Einsichtszeitraums
am 31.01.2025, 12:00 Uhr einlangen.

Berichtigungsanträge sind, falls sie schriftlich eingebracht werden, für jeden Berichtigungsfall
gesondert zu überreichen. Hat der Berichtigungsantrag die Aufnahme einer vermeintlich
wahlberechtigten Person zum Gegenstand, so sind auch die zur Begründung des
Berichtigungsantrages notwendigen Belege, insbesondere das von der vermeintlich
wahlberechtigten Person ausgefüllte Wähleranlageblatt (Muster Anlage 1 des
Wählerevidenzgesetzes 2018, BGBl. I Nr. 106/2016, idgF.), anzuschließen. Wird im
Berichtigungsantrag die Streichung einer vermeintlich nichtwahlberechtigten Person begehrt, so
ist der Grund hierfür anzugeben. Alle Berichtigungsanträge, auch mangelhaft belegte, sind von
den hiezu berufenen Stellen entgegenzunehmen und weiterzuleiten. Ist ein Berichtigungsantrag
von mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern unterzeichnet, so gilt, wenn keine
zustellungsbevollmächtigte Person genannt ist, die an erster Stelle unterzeichnete Person als
zustellungsbevollmächtigt.

Wer offensichtlich mutwillig Berichtigungsanträge stellt, begeht eine Verwaltungsübertretung
und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 220 Euro, im Falle der
Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu zwei Wochen, zu bestrafen.

Kundmachung
angeschlagen am: 14.01.2025

abgenommen am:

Der Bürgermeister:

